



ODENWALD KURIER

Zeitung der  für den Odenwald **Nummer 10**
April 2019

Guten Tag!

Fühlen Sie sich angesichts der täglich wiederkehrenden negativen Meldungen auch verunsichert?

Die Regierungsparteien sind nicht mehr imstande, unsere Bedürfnisse und Interessen nach sozialer Entwicklung und Geborgenheit zu gewährleisten, obwohl wir in einem der reichsten Länder leben. Ganz gleich welches Thema man aufgreift, ob Gesundheitsversorgung, Verkehrswesen, Energieversorgung, Miete, Pflege, Altersversorgung oder Bildung, in keinem Bereich werden zukunftssichere Lösungen umgesetzt. Muss der Karren erst gegen die Wand fahren, bis die Vernunft greift? Oder müssen wir gelbe Westen anziehen, auf die Straße gehen und Lösungen erzwingen?

Die bürgerlichen Parteien unterscheiden sich nur wenig. An uns als Stimmvolk sind sie nur vor Wahlen interessiert, wenn es darum geht ihre Pöstchen abzusichern. Dann werden Versprechungen gemacht, die schnell wieder in Vergessenheit geraten. Wir sind da nur lästig mit unseren Erwartungen, denn unser gesamtes Wirtschaftsleben ist auf Profit ausgerichtet, und die ihr zuarbeitende Politik, hat nur die Interessen der Geldelite im Blick. Die Superreichen und Großaktionäre werden entlastet, die Bevölkerung soll zahlen. Man erkennt es an dem Gezerre um die Grundrente, das zur Zeit in den Schlagzeilen ist.

Auch wenn das SPD-Modell schwach ist und nur die größte Not lindert, wird es von CDU/CSU und FDP abgelehnt, weil es mit ca. 5 Mrd Euro aus dem Steuertopf finanziert werden müsste. Was den Neoliberalen hierfür zu viel ist, störte sie bei der Bankenrettung 2008 wenig, als es den Steuerzahler das Hundertfache kostete. Banken scheinen allemal wichtiger als Menschen.

R. Weber

Das bringt Bewegung ins Spiel!

In Frankreich bevölkern alte und junge Menschen mit und ohne gelbe Westen die Straßen und fordern den Rücktritt ihres Präsidenten. Uns versorgt man in den Medien vor allem mit Bildern von den gewalttätigen, unschönen Randerscheinungen. So schreckt mancher redliche Bürger verängstigt zurück, und selbst der Linke Vorsitzende Bernd Riexinger hielt bis zum Jahreswechsel die Gelbwesten für Rechte.

Während sich mittlerweile in Belgien und in Anfängen auch den

Niederlanden gleichfarbige Proteste formieren, halten sich bei uns die Progressiven verängstigt mit der Solidarität zurück. Dabei müsste man sich nur mal das Programm der Gelbwesten ansehen, um deren soziale und



friedenspolitische Dimension zu begreifen.

Sie verlangen:

- Null Obdachlosigkeit – es soll keiner auf der Straße leben müssen.
- Ein Mindestlohn von 1300 Euro netto.
- Die großen Konzerne, Mc Donald, Google, Amazon sollen großes Geld zahlen und die Kleinen, Handwerker, kleine Mittelbetriebe sollen kleines Geld zahlen.
- Das Rentensystem muss solidarisch und gesellschaftlich bleiben und nicht unter 1200 Euro liegen.
- Schluss mit der Arbeitnehmerentsendung. Es ist nicht normal, wenn jemand, der in Frankreich arbeitet nicht die gleichen Rechte, nicht die gleiche Entlohnung erhält wie die Französischen und Franzosen.

-Macron soll in seinem Vorhaben gestoppt werden, eine europäische Militarisierung samt Militär durchzusetzen. Ein europäisches Imperium wird abgelehnt.

Genau betrachtet, sind dies alles Forderungen, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund und auch der Linken gut zu Gesicht stehen würden. Die SPD klammere ich mal aus. Aber dazu müssten sie sich bewegen, und dazu gehört Entschlossenheit. Da begnügt man sich lieber mit verhaltener Kritik, stirnrunzelnd und aus der Ferne, wegen fehlender Strukturen und Disziplin. Es fehlen die bekannte Gesichter aus den Oppositionsparteien. Im 50. Jahr der 68er Revolten geriet ganz in Vergessenheit, dass sich der damalige französische Präsident General de Gaulle über den Rhein nach Baden Baden flüchtete, weil er sich seiner Macht nicht mehr sicher war. Nun ist es der smarte hochgepushte Ex-Investmentbanker Emmanuel Macron, dem es an den politischen Kragen geht. Die Zustimmungswerte für dieses Wunderkind sind laut Medien mittlerweile unterirdisch. Die

Strasse hat genug von ihm. Für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie lohnt es sich zu kämpfen. Da können wir von den Gelbwesten noch einiges lernen.

Zum Beispiel, wie man eine

Bewegung herbeiführt, die den Elysée erzittern ließ, Präsident Macron zu erheblichen sozialen Zugeständnisse zwingen und sogar EU-Kommissar Öttinger die Schweißperlen auf die Stirn trieben. Die Angst der EU-Oberen ist groß, dass diese Proteste weiter wachsen, sich grenzüberschreitend fortpflanzen und ihr neoliberales Projekt in Gefahr bringen.

R. W.



Ständiges Argument - Arbeitskräftemangel

Auszug aus „Nachdenkseiten“

In der gesamten Debatte werden gerne zwei Faktoren „vergessen“. Wenn es um branchen- oder qualifikationsspezifische Engpässe geht, ist dies meist ein hausgemachtes Problem. Die Arbeitgeber bilden zu wenig aus und zu wenig fort, bezahlen ihre Belegschaft zu schlecht oder haben es versäumt, die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten.

Paradoxerweise ist der Arbeitsmarkt nämlich immer noch einer der ganz wenigen Märkte, in denen man das „Marktgleichgewicht“ ignoriert und von einem dauerhaften

Angebotsüberschuss ausgeht, der den Preis (für Arbeit) sinken lässt.

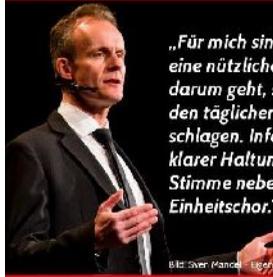
Wer auf diesem Markt heute die Ware „Arbeit“ nachfragt, bestimmt den Preis und die Bedingungen. So etwas ist jedoch sogar nach Ansicht der klassischen Ökonomie ein **Marktversagen**.

In einem funktionierenden Markt würde es ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage geben. Dies ist aber nur dann

möglich, wenn Angebot und Nachfrage sich einpendeln und dies ist wiederum nur dann möglich, wenn sowohl die Nachfrage als auch das Angebot auf dem Arbeitsmarkt knapp sind. Nur dann wird sich der Nachfrager (also die Arbeitgeberseite) preislich bewegen und höhere Löhne anbieten. Sich nicht zu bewegen und dies dann als „Mangel“ zu bezeichnen, ist recht abenteuerlich. Wenn ich für 10.000 Euro einen Porsche haben will und kein Porsche-Besitzer auf das Angebot eingeht, kann ich auch nicht von einem „Porsche-Mangel“ sprechen.



Für alle,
die sich noch
eigene Gedanken
machen.



„Für mich sind die NachDenkSeiten eine nützliche Machete, wenn es darum geht, sich eine Schneise durch den täglichen Medienschwanz zu schlagen. Informativ, streitbar, mit klarer Haltung. Eine wichtige andere Stimme neben dem medialen Einheitschor.“

Max Uthoff

Bild: Over (Mandel) - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, commons.wikimedia.org

www.nachdenkseiten.de

Schülerstreiks „Freitags für die Zukunft“

Am Freitagmorgen, dem 25. Januar 2019, demonstrierten Tausende junger Menschen in Berlin vor dem Bundeswirtschaftsministerium für wirksamen Klima- und Umweltschutz und den Kohleausstieg. Diese Proteste, Schülerstreiks und Demonstrationen, finden in vielen Ländern und dutzenden Städten der Bundesrepublik statt. Die Jugendlichen wissen, was mit Ihnen und Ihrem Leben, passiert, wenn die Klimakatastrophe verschärft und die Umwelt noch mehr zerstört wird. Dagegen wehren sie sich zu Recht. Das stärkt bei uns allen die Hoffnung auf Veränderung und fordert von uns aktive Solidarität. Wenn die Junge Union fordert, „Schüler, die freitags die Schule schwänzen“ zu bestrafen, da weiß man, dass es diesen Dämchen und Herrchen um ihre Karriere im Kapitalismus geht und welche Klasseninteressen diese Mächtegern-Bosse vertreten.

R. F.

*Der ODENWALD KURIER ist die Zeitung der DKP im Odenwaldkreis
Er erscheint mehrmals im Jahr in einer Auflage von 3.000 Exemplaren und
wird kostenlos verteilt.*

*V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt,
E-Mail; rfan@mail.de*

*Spenden und Mitarbeitende sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt*

*Stichwort „ODENWALDKURIER“
IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40*

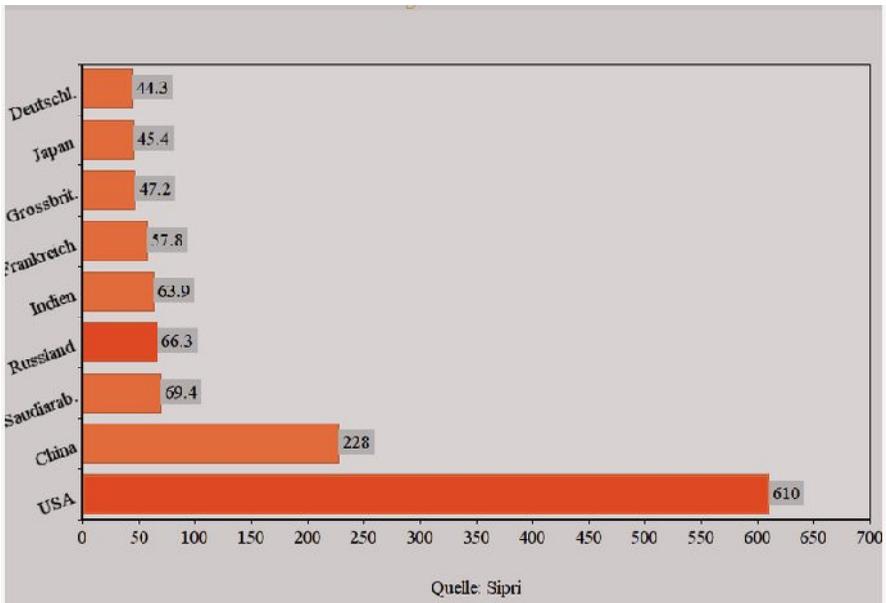


Wer bedroht wirklich mit rasanter Aufrüstung den Weltfrieden?

Rüstungsstatistik widerlegt Märchen von der militärischen Bedrohung durch Russland

Die USA-Regierung, aber auch die deutsche Regierung erhöhen ihre Rüstungsausgaben permanent und begründen dies mit der angeblichen Bedrohung durch Russland und China.

Tatsache ist: Die USA gaben 2017 mehr Geld fürs Militär aus als die sieben Länder auf den Rängen zwei bis acht zusammen. Russland gab nur gut ein Zehntel so viel aus wie die USA. Rechnet man die Rüstungsausgaben der NATO-Staaten zusammen, so kommt man auf das 14-fache der Rüstungsausgaben Russlands.



Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI 2017)

In eigener Sache

Der ODENWALDKURIER wird von der DKP im Odenwaldkreis erarbeitet. Wir denken kritisch, schreiben offen und lassen uns mit den Lügen und Halbwahrheiten anderer Medien nicht abspeisen.

Wenn Ihnen das gefällt, können Sie diese Arbeit unterstützen:

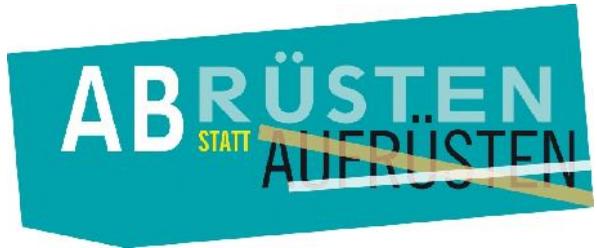
Geben Sie uns Hinweise, wenn im Betrieb oder Ihrer Gemeinde etwas schief läuft. Schreiben Sie Artikel oder Leserbriefe.

Deutsche Bevölkerung mehrheitlich gegen Rüstung und Krieg

Laut aktuellen Umfragen sind 55% der Deutschen gegen Erhöhung der Rüstungsausgaben. Aufgabe der Friedensbewegung ist es, dafür zu sorgen, dass die Gegnerschaft gegen weitere Aufrüstung auch praktisch mit Aktionen wirksam wird und so tatsächlich weitere Aufrüstung verhindert.

Ein guter Anfang ist es, dass die Aktion „Abrüsten statt Aufrüsten“ bis jetzt schon mehr als 140 000 Unterschriften gesammelt hat.

R. F.



Aufrüstungsspirale nimmt enorme Fahrt auf

Über einen erneut entfachten Rüstungswettlauf schreibt der ehemalige Botschafter Hellmut Hoffmann in der Januarausgabe der Blätter für deutsche und internationale Politik zu Trumps resoluter Forderung von 2 Prozent des BIP (bzw. 4 Prozent) folgenden Kommentar.

Für Deutschland würde die Umsetzung des 2-Prozent-Ziels – hochgerechnet ab Stand 2017 – eine Erhöhung seines Verteidigungshaushalts von 41,7 auf 75,8 Milliarden US-Dollar bedeuten, mit der Folge, dass dieser Etat der mit großem Abstand umfangreichste in Europa wäre. Zum Vergleich: Der russische Rüstungsetat betrug 2017 45,6 Mrd. US-Dollar. Bisher weltweit auf Rang 9 würde Deutschland auf Platz 4 vorrücken – nach den USA, China und Saudi Arabien.

Insgesamt wäre bei einer Umsetzung des 2-Prozent-Ziels eine sehr erhebliche Steigerung der weltweiten Militärausgaben zu erwarten – zunächst bei den 29 NATO-Staaten, mittelfristig aber weit darüber hinaus, so auch die Einschätzung des angesehenen Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI.

2017 gaben die NATO-Staaten 857 Mrd. US-Dollar aus (dies entspricht 55% der globalen Rüstungsausgaben), wovon 603 Mrd oder 38,7 % alleine auf die USA entfielen (für 2018, d.h. für das 2. Jahr unter Trump waren über 700 Mrd eingeplant). Auf China entfielen mit 150 Mrd. 9,6% und auf Russland mit 45,6 Mrd. 2,9% (für 2018 waren 43,1% budgetiert).

DKP-Termine:

Mitgliederversammlung am 11. April 2019 um 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung am 26. Mai 2019 um 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung am 27. Juni 2019 um 18:00 Uhr

-jeweils im Restaurant an der Erbacher Festhalle

Infostand am 05. April 2019

Infostand am 26. April 2019

Infostand am 10. Mai 2019

Infostand am 24. Mai 2019

Jeweils ab 09:30 Uhr am Wochenmarkt in Michelstadt

Gäste sind willkommen. Mitdiskutieren, Gedanken austauschen.

Der Odenwälder Ostermarsch von Erbach nach Michelstadt findet am Samstag, den 20. April 2019 statt. Beginn um 11 Uhr auf dem Marktplatz in Erbach. Abschlusskundgebung ca. 13 Uhr auf dem Lindenplatz in Michelstadt.

Auf zum Ostermarsch!

Der Frieden ist wieder bedroht.

Mit Sorge müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sich das Ende des kalten Krieges als Illusion entpuppt hat. Der Auflösung des Warschauer Vertrages folgte nicht das Ende der NATO. Der zugesicherte Verzicht auf die NATO-Osterweiterung wird schlicht missachtet.

Nachzuhören unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=F2iOAtNlleg> Heute stehen NATO-Truppen, allen voran Bundeswehreinheiten, an der russischen



Westgrenze und große Militärmanöver mit eindeutiger Stoßrichtung gehören zur Regel.

Während die Erinnerung an die ermordeten Juden bei uns zu Recht zur Staatsräson wurde, werden die 27 Millionen getöteter sowjetischer Staatsbürger, darunter 3,3 Millionen Kriegsgefangener und 17 Millionen Zivilisten als Folge des von Deutschland begangenen Vernichtungskriegs im Osten einfach aus der Erinnerung verbannt.

Obgleich unsere Politiker vor jedem Völkerrechtsbruch der israelischen Regierung die Augen verschließen, legt man auf eine Entspannungspolitik mit Russland keinen Wert. Obwohl die übergroße Mehrheit (nach Forsa-Umfrage) der Deutschen keine Angst vor Russland



hat, bemüht sich die Bundesregierung eine Bedrohungslage zu konstruieren. Statt Verständigung mit Russland wird ein Feindbild aufgebauscht und muss zur Begründung von massiver Aufrüstung erhalten. Die Bundesregierung hat beschlossen, die Verteidigungsausgaben von 1,2 auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf ca. 80 Mrd. Euro bis 2024 zu verdoppeln und führt teure Werbekampagnen durch. Keine Gelegenheit lässt man aus, um den Zustand der Bundeswehr im allerschlechtesten Licht erscheinen zu lassen, um damit weitere Aufrüstung zu begründen.

Wir fordern mit und als Teil der deutschen Friedensbewegung:

Keine weitere Aufrüstung – Bildung statt Bomben!

Deutschland raus aus der NATO!

Stoppt Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Stationierung von Atomwaffen in Büschel beenden!

R. W.

Die DKP sagt nein zur EU!

Die DKP kandidiert am 26. Mai 2019 zu den EU-Wahlen, um den Widerstand gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau in diesem Land zu stärken und dem Widerstand gegen die EU eine fortschrittliche Stimme zu geben.

Die Eu steht für Krieg!

Die DKP sagt: Deutschland raus aus der NATO! US-Atomwaffen raus aus Deutschland! PESCO abschaffen! Frieden mit Russland!

Die EU steht für Hochrüstung!

Die DKP sagt: Abrüsten statt Aufrüsten! Weg mit dem 2-Prozent-Ziel der NATO! Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Kein Aufbau einer EU-Armee!

Die EU steht für Flucht!

Die DKP sagt: Fluchtverursacher bekämpfen, nicht Geflüchtete! Frontex abschaffen!

Die EU steht für Ausbeutung!

Die DKP sagt: Solidarität statt Ausgrenzung. Für gesetzliche Mindestlöhne ohne Ausnahmen.

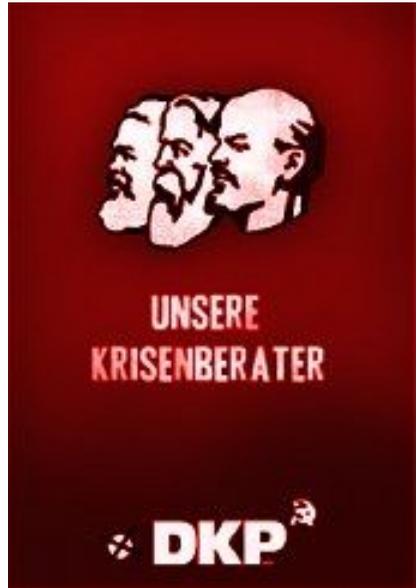
Die EU steht für Armut!

Die DKP sagt: Schuldenschnitt statt Schuldenbremse! Die Banken und Konzerne müssen zahlen!

Die EU steht für Privatisierung!

Die DKP sagt: Stoppt Privatisierungen. Für die Vergesellschaftung von Banken und Konzernen!

Die EU steht für Demokratieabbau!



Die DKP sagt: Hände weg vom Grundgesetz! Weg mit Überwachung und Polizeigesetzen!

Die EU ist nicht reformierbar!

Die DKP steht für Solidarität und Internationalismus, für die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg!

Die EU ist ein Instrument des deutschen Imperialismus!

Die DKP sagt: Kapitalismus abschaffen! Für den Sozialismus kämpfen!



Für Frieden,
Arbeit, Solidarität!

Sofortforderungen der DKP

1. Ende der Kriege und Ausladeseinsätze der Bundeswehr, Verringerung des Rüstungsetats, Verbot von Rüstungsexporten
2. Erhöhung der Spitzensteuer für höchste Einkommen von Personen und Unternehmen – Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer
3. Öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, Schulen, Bildungseinrichtungen, Jugendzentren und Krankenhäuser
4. Die Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen
5. Verbesserung staatlicher sozialer Leistungen und des Mindestlohns

Geld ist genug da!

Es fließt in die Rüstung und die Taschen der Reichen und Superreichen.

Kriegsschiffe statt Schulen

Auf ihre Kürzungspolitik der letzten Jahrzehnte sind CDU/CSU und SPD auch heute noch stolz. Im gesamten öffentlichen Dienst, vor allem in

Krankenhäusern und Schulen fehlt Personal. Für Ganztagschulen eingeplante zwei Milliarden Euro wurden gestrichen.

Stattdessen wurden in der letzten Sitzung zum Haushalt 2019 zusätzlich noch einmal 323 Millionen für militärische Beschaffung bewilligt. 32% mehr Geld wird 2019 für Militärausgaben zu Verfügung stehen, zudem noch 5,66 Milliarden Euro für die nächsten Jahre.

Beim Militär wird nicht gespart, im Gegenteil. Wenn es aber darum geht, dafür zu sorgen, dass die Reichen ihre Steuern zahlen, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind, dann wird an Personal gespart, das diese Steuern auch tatsächlich eintreibt.

„Der Bundesrechnungshof hat zahlreiche Beispiele aufgelistet, die deutlich machen, dass Steuerhinterzieher in Deutschland kaum etwas zu befürchten haben, weil einfach das Personal fehlt, das die Steuern eintreibt. Es ist absurd, dass ein Unternehmen im Durchschnitt nur alle 71 Jahre mit einer Umsatzsteuer-Sonderprüfung rechnen muss. Der Personalabbau wirkt wie eine Steuersenkung für die Vermögenden. (...) Die Linke hat sehr gute Vorschläge in die Haushaltsdebatten eingebracht.

„Wir fordern u. a. höhere Vermögenssteuern, die Anhebung des Hartz-IV-Satzes und mehr Geld für den Bau preiswerter Wohnungen. Die Regierungsfractionen haben unsere Anträge abgelehnt. Somit ist der Haushalt weder solidarisch noch gerecht und schon gar nicht auf Frieden ausgerichtet. Wir werden den Haushalt ablehnen.“

Informationen und Zitate aus dem Gastkommentar von Gesine Lötzsch (Vizevorsitzende der Bundestagsfraktion von Die Linke und Mitglied im Haushaltsausschuss) in der Jungen Welt vom 22.11.2018

R. Fertig

Wohnungsnot im Odenwald

Auch im Odenwald hat sich in den letzten Jahren ein schwieriger Wohnungsmarkt entwickelt. Die Liga der Wohlfahrtsverbände lud im 1.Quartal 2019 zu einem Arbeitstreffen „Wohnungsnot im Odenwald“ ein. Dabei wurde bestätigt, was die meisten Odenwälder wissen:



- In den letzten Jahren wurde so gut wie kein Sozialer Wohnungsbau mehr durchgeführt

- Die Wohnungsbaugesellschaften – inzwischen fast alle zu Aktiengesellschaften geworden – investieren jetzt nur noch in den Zentren wie Darmstadt oder Frankfurt. Sie geben offen zu, nur dort lohne sich das Geschäft für sie noch. Der Begriff „Sozialer Wohnungsbau“ ruft kaum noch ein müdes Lächeln hervor: Die Rendite muss in jeder Quartalsbilanz stimmen.

- Selbst die Instandsetzungsarbeiten bestehen nur noch in einem neuen Fassadenanstrich, der Schimmel im Keller bleibt und breitet sich weiter aus.

- Den Vertretern aus Kommunen und Region ist dies alles bekannt. Sie zucken mit den Schultern und kassieren die Sitzungsgelder. Wir müssen uns auf kommunaler Ebene dafür einsetzen, dass

- z.B. bei längerem Wohnungsleerstand Abgabegebühren erhoben werden

- auf Kreis- und Landesebene neue Wohnungsbauprogramme entwickelt werden

- in Notfällen Kreis und Kommunen Garantien für die Vermieter geben

- die Mietzuschüsse vom Sozialamt nicht gestrichen werden. Das passiert leider oft bei minderjährigen Migranten, die Sprachkurse besuchen oder in Ausbildung sind. Endlos lange Asylverfahren- besonders bei Afghanen - aber nicht nur bei diesen – behindern ihre Integration in Schule, Ausbildung oder Beruf.

Oft fehlen bei den verschiedensten Problemen konkrete und kompetente Ansprechpartner in den Kommunen.

In manchen Orten ist ein Druck auf die Mietpreise entstanden, weil Bürger „aufs Land ziehen.“ Sie können die hohen Mieten in den Großstädten nicht mehr bezahlen und suchen deswegen in kleineren Gemeinden günstigere Wohnungen oder Häuser, behalten aber ihre Arbeitsstelle in den Zentren. Dass dadurch notwendigerweise das Verkehrsaufkommen steigt, sei hier nur kurz erwähnt.

Nur durch die sofortige Beendigung der Privatisierung von kommunalen Wohnraum und sozialen Wohnungsbaugenossenschaften kann die weitere Zunahme von Wohnungsnot gestoppt werden. Nicht private, auf Höchstprofite ausgerichtete Wohnungsbauunternehmen brauchen wir sondern „Soziale Wohnungsbaugenossenschaften“, deren Ziel optimale Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbaren Wohnung ist und nicht die immense Steigerung des Profits Reicher und Superreichen. Mit Städten

und Gemeinden, die diese Probleme bürgernah angegangen sind, muss umgehend Kontakt aufgenommen werden.

Auf Kreisebene müssen regelmäßige offenen Runden ermöglicht werden, in denen von Mietern und Vermietern Lösungsmöglichkeiten diskutiert, beschlossen und konkret umgesetzt werden. Ein jährlicher Jammerkreis bringt uns nicht weiter, ändert nichts an der Zunahme von Wohnungsnot. Wir fordern die Kreisverwaltung auf, eine Übersicht über die Wohnungsbaugenossenschaften (z.B. Nassauische Heimstätte) und ihren Besitz auf dem hiesigen Wohnungsmarkt zu veröffentlichen. Die Kreistagsfraktion der LINKEN (und auch die der GRÜNEN) müssen sich umgehend dafür stark machen. Damit sich tatsächlich die Wohnungssituation im Odenwald verbessert und nicht weiter verschlechtert muss Druck von unten organisiert werden.

P. J. Bosse

Diäten

Wer von uns eine Lohn- oder Gehaltserhöhung möchte, braucht in der Regel eine durchsetzungsfähige Gewerkschaft, mit der man diese erstreitet. Die Abgeordneten des deutschen Bundestages haben es da wesentlich bequemer.

Einmal beschlossen, tritt ein ständig wiederkehrender Automatismus für Diätenerhöhungen ein, ohne das Thema auf die Tagesordnung zu setzen und darüber abstimmen zu müssen.

Jetzt hat der Bund der Steuerzahler diesen Automatismus der Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete kritisiert und die Rückkehr zu Einzelentscheidungen durch das Parlament gefordert.

"Auf der einen Seite wollen die Abgeordneten zu Recht den Parlamentarismus hochhalten, andererseits verstecken sie sich in eigener Sache hinter Automatismen", sagte Steuerzahlerpräsident Reiner Holzengel dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Dienstagsausgaben).



Die automatische Diätenerhöhung sei "indiskutabel".

Holznelge sagte, Abgeordnete sollten öffentlich Rechenschaft ablegen müssen. Bei der Diätenerhöhung gebe es nun keine parlamentarische Debatte. Dies sei jedoch zwingend notwendig.

"Jede Diätenerhöhung müsste in einem separaten Gesetzgebungsverfahren vor den Augen und Ohren der Bürger begründet und darüber entschieden werden", so der Verbandschef. Holznelge forderte außerdem eine Änderung bei der Rentenversorgung der Abgeordneten. Im Vergleich zu Rentnern und Pensionären erhalten Bundestagsabgeordnete eine Luxus-Altersversorgung, ohne eigene Beiträge zu zahlen. Das ist nicht fair, sondern abgehoben. Der Altersversorgung der Parlamentarier muss reformiert werden", sagte er. Der parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), verteidigte die an die Entwicklung der Nominallöhne orientierte Erhöhung der Diäten.

Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Britta Haßelmann verwies ebenfalls darauf, dass der Erhöhungsmechanismus durch eine unabhängige Expertenkommission gefunden worden sei. Diese habe nachvollziehbare Kriterien für die Erhöhung der Diäten festgelegt. "Der Bundestag hat eine klare und transparente Regelung zur Abgeordnetenentschädigung", sagte Haßelmann.

H. K.

UZ – unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
6 Wochen gratis probieren



Druckausgabe und online!



CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen
Tel: 0201 · 17 78 89 - 23 · Fax: - 28
E-Mail: info@unsere-zeit.de
www.unsere-zeit.de

1. Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zum Essen, bitte sehr. / Es macht ihn ein Geschwätz nicht satt, / das schafft kein Essen her. / Drum links, zwei, drei! / Drum links, zwei, drei! / Wo dein Platz, Genosse ist! / Reih dich ein in die Arbeitereinheitsfront, / weil du auch ein Arbeiter bist!

2. Und weil der Mensch ein Mensch ist, / Drum braucht er auch noch Kleider und Schuh`. / Es macht ihn ein Geschwätz nicht warm, / und auch kein Trommeln dazu. / Drum links...

3. Und weil der Mensch ein Mensch ist, / drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern. / Er will unter sich keinen Sklaven sehn, / und über sich keinen Herrn. / Drum links...

4. Und weil der Prolet ein Prolet ist, / drum wird ihn auch kein anderer befreien, / Es kann die Befreiung der Arbeiter nur / das Werk der Arbeiter sein! / Drum links...

Einheitsfrontlied

Text: Bertold Brecht
Musik: Hanns Eisler

Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zum Es-sen, bit-te
sehr. Es macht ihn ein Ge - schwätz nicht satt, das schafft kein Es-sen
her. Drum links, zwei, drei! Drum links, zwei, drei! Wo dein
Platz, Ge - nos - se, ist! Reih dich ein in die Ar - bei - ter -
Ein - heits - front, weil du auch ein Ar - bei - ter bist!